Drucksachen-Nr.
1871/2025-2030

Datum: 01.09.2026

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	09.09.2026	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

Umsetzung der zentralen Einbürgerungsfeiern im Jahr 2026
(Anfrage von Murisa Adilovic, Mitglied des ACI)

Text der Anfrage:

Im Rahmen des Beschlusses „Einwanderungsstadt Bielefeld“ wurde die Verwaltung mit der Konzeption regelmäßiger Einbürgerungsfeiern beauftragt. Auf dieser Grundlage legte die Verwaltung im Februar 2025 das Konzept „Einbürgerungsfeiern – Feierlicher Empfang als Anerkennung erfolgreicher Integration“ vor.

In diesem Konzept sind ausdrücklich halbjährliche zentrale Einbürgerungsfeiern vorgesehen – jeweils im Mai zum Tag des Grundgesetzes und im Herbst zum Tag der Deutschen Einheit. Vorgesehen ist dabei unter anderem eine gemeinsame Gestaltung mit der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister und dem Vorsitz des Integrationsrates.

Im Jahr 2026 hat bereits eine zentrale Einbürgerungsfeier stattgefunden. Damit ist die im Konzept vorgesehene erste Feier grundsätzlich umgesetzt worden.

Mit Blick auf den nun bevorstehenden Herbst stellt sich jedoch die Frage, ob und in welcher Form die zweite für 2026 vorgesehene zentrale Einbürgerungsfeier zum Tag der Deutschen Einheit geplant und vorbereitet wird. Bislang ist eine entsprechende öffentliche Ankündigung bzw. erkennbare Vorbereitung nicht festzustellen.

Hauptfrage:
Ist die im städtischen Konzept für den Herbst 2026 zum Tag der Deutschen Einheit vorgesehene zweite zentrale Einbürgerungsfeier geplant und wird sie wie vorgesehen stattfinden?

Zusatzfragen:
Falls die Feier vorgesehen ist: Wann und in welcher Form soll sie stattfinden und in welchem Umfang ist dabei die Beteiligung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration bzw. des ehemaligen Integrationsrates vorgesehen?

Falls bislang keine konkrete Planung erfolgt ist: Aus welchen Gründen wurde die Umsetzung der im eigenen Konzept vorgesehenen zweiten jährlichen Einbürgerungsfeier bisher nicht entsprechend vorbereitet, und wie stellt die Verwaltung künftig sicher, dass die halbjährlichen Einbürgerungsfeiern verlässlich und entsprechend dem beschlossenen Konzept durchgeführt werden?

Begründung:

Eine Einbürgerung ist weit mehr als ein Verwaltungsakt. Sie ist für die betroffenen Menschen ein bedeutender Schritt und ein sichtbares Zeichen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft und zu unserer Stadt.

Gerade deshalb sind zentrale Einbürgerungsfeiern mehr als eine bloße organisatorische Veranstaltung. Sie bieten der Stadt die Möglichkeit, Menschen, die nun deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind, sichtbar willkommen zu heißen und ihre Zugehörigkeit zu unserer Stadtgesellschaft zu würdigen.

Gerade in einer Zeit, in der wir einen zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck erleben, halte ich es für besonders wichtig, dass Bielefeld sichtbar für Vielfalt, Zusammenhalt, Teilhabe und eine offene demokratische Stadtgesellschaft steht.

Wenn die Stadt hierfür eigens ein Konzept entwickelt und darin ausdrücklich halbjährliche zentrale Einbürgerungsfeiern vorsieht, sollte dieses Konzept auch verlässlich und nachvollziehbar umgesetzt werden.

Nachdem die erste Einbürgerungsfeier im Jahr 2026 bereits stattgefunden hat, richtet sich der Blick nun auf die zweite, für den Herbst vorgesehene Veranstaltung. Der Tag der Deutschen Einheit bietet hierfür nicht nur einen passenden zeitlichen Rahmen, sondern auch eine besondere symbolische Gelegenheit, neue deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger öffentlich in unserer Gesellschaft willkommen zu heißen.

Umso wichtiger ist es, dass eine solche Veranstaltung nicht erst kurzfristig organisiert oder lediglich formal durchgeführt wird, sondern frühzeitig geplant und gemeinsam mit dem zuständigen politischen Gremium gestaltet wird.

Gerade jetzt sollte Bielefeld nicht weniger, sondern mehr sichtbar für eine vielfältige, demokratische und solidarische Stadtgesellschaft stehen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich wissen, wie weit die Planung der zweiten zentralen Einbürgerungsfeier 2026 tatsächlich fortgeschritten ist und wie die Verwaltung sicherstellt, dass die eigenen konzeptionellen Vorgaben auch künftig verbindlich umgesetzt werden.

Unterschrift:

gez. Murisa Adilovic